

Medienmitteilung

## **TAG: Flexibilität muss weiter ausgebaut werden**

**Die Vorstände von Bündner Gewerbeverband sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden stehen hinter dem neuen Tourismusabgabengesetz (TAG), das nächste Woche im Grossen Rat behandelt wird. Sie fordern einen weiteren Ausbau der Flexibilität, der vor allem den grossen Destinationen dienen soll.**

Nachdem sich die Vorstände der beiden Verbände von WAK-Präsident Grossrat Heinz Dudli als Befürworter und Grossrat Reto Nick als Gegner der Vorlage informieren liessen, sind sie übereinstimmend und einstimmig zur Auffassung gelangt, dass eine flächendeckende Abgabe der zukunftsweisende Weg für Graubünden ist. Allerdings nimmt das TAG auch nach den Beratungen in der WAK noch zu wenig auf die Interessen der grossen Tourismusdestinationen Bezug. Der Grosse Rat hat es in der Hand, mit einer verfassungskonformen Präzisierung nachzubessern, will er Aussicht darauf haben, die Volksabstimmung erfolgreich zu bewältigen. Dabei kann es nicht darum gehen, mit einer Bestimmung das ganze Gesetz auszuhebeln sondern den berechtigten Interessen der grossen Destinationen entgegenzukommen. Die Verbände fordern deshalb, die sogenannte Ausstiegsklausel, mit der die Kommissionmehrheit das Gesetz aus den Angeln heben will, einzuschränken. Auf der anderen Seite muss die Flexibilität bei den variablen Abgabesätzen, die von den Gemeinden festgelegt werden können, von 20 auf 80 Prozent erhöht werden. Damit kann auch in Zukunft eine ausgewogene, auf die Bedürfnisse der verschiedenen Regionen Rücksicht nehmende Finanzierung gewährleistet werden.

### **Gesamtheitliche Finanzierung nötiger denn je**

Das TAG hat in der langen Entwicklungsphase zahlreiche Korrekturen erfahren und ist schliesslich zu einem Rahmengesetz umgebaut worden. Es dient dazu, aus den aufgebauten oder noch zu bildenden Destinationen schlagkräftige Organisationen zu bilden. Dank ihnen sollen neue Gäste nach Graubünden geholt werden.

Die in der nächsten Woche vom Grossen Rat zu behandelnde Finanzierung bildet der letzte und umstrittenste Teil der Tourismusreform. HK und BGV appellieren an die Bündner Parlamentarierinnen und Parlamentarier, parteipolitisches Gerangel auf der Seite zu lassen. Eine gesamtheitliche Finanzierung des Tourismus ist gerade angesichts der Abstimmung vom 11. März zur Zweitwohnungsinitiative mehr denn je nötig. Sie setzt voraus, dass von allen Seiten Kompromisse eingegangen werden. Weder sollen gut funktionierende Strukturen zerstört noch dringend benötigte fehlende Finanzierungssysteme im Keim abgewürgt werden. Das Gesetz trägt dieser äusserst anspruchsvollen Herausforderung weitgehend Rechnung. Das System, das alle Nutzniesser nach der Abhängigkeit vom Tourismus in die Finanzierung des bedeutendsten Bündner Wirtschaftsbereiches einbezieht, ist einfach und nachvollziehbar.

Chur 12.4.2012

---

Auskunftspersonen:

Bündner Gewerbeverband: Jürg Michel, Direktor, 081/257 03 23

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, Dr. Marco Ettisberger, Sekretär, 081/254 38 00